

E-Klausuren im Ersten juristischen Staatsexamen

[08.09.2026] Das Land Schleswig-Holstein und die Universität Kiel haben eine Absichtserklärung zur Digitalisierung des Ersten juristischen Staatsexamens unterzeichnet. Ab Mitte 2027 soll die elektronische Variante zunächst in Hamburg, voraussichtlich ab 2028 in einem Kieler Prüfungszentrum angeboten werden.

Schleswig-Holstein bereitet elektronische Klausuren im Ersten juristischen Staatsexamen vor. Das [Ministerium für Justiz und Gesundheit](#) und die [Christian-Albrechts-Universität zu Kiel](#) (CAU) wollen dafür eine gemeinsame Prüfungsinfrastruktur schaffen. Eine entsprechende Absichtserklärung haben Justizministerin Kerstin von der Decken und der Vizepräsident für Studium und Lehre der Uni Kiel, Markus Hundt, nun unterzeichnet. Voraussichtlich ab 2028 soll das Erste juristische Staatsexamen in Kiel digital angeboten werden.

Hamburg als Übergangs-Standort

Zugleich soll die Kooperation mit Hamburg vertieft werden, um voraussichtlich ab Mitte 2027 dort die Prüfungsklausuren elektronisch schreiben zu können, bis dies auch in Kiel möglich wird. Das Vorhaben knüpft an ein Angebot für das Zweite juristische Staatsexamen an. Seit 2024 können Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare aus Schleswig-Holstein ihre Klausuren im Rahmen einer Kooperation mit Hamburg elektronisch bearbeiten. Dieses Angebot werde gut angenommen, so die Justizministerin.

Prüfungszentrum für alle Fakultäten

Den Kieler Standort will die CAU auf ihrem Campus am Westufer schaffen. Dazu soll ein Teilbereich eines Bestandsgebäudes ausgebaut und mit der erforderlichen IT-Infrastruktur versehen werden. Das Prüfungszentrum soll dann allen Fakultäten der Universität zur Verfügung stehen, das Justizministerium will die Räume für das Erste juristische Staatsexamen mitnutzen und beabsichtigt, sich finanziell an dem Zentrum zu beteiligen. Der Beitrag soll insbesondere die Kosten für Mobiliar und IT-Ausstattung sowie für den Prüfungsbetrieb des Ersten juristischen Staatsexamens umfassen. Rechtsverbindliche Vereinbarungen haben Ministerium und Universität derzeit noch nicht geschlossen. Dieser Schritt soll später unter Berücksichtigung des Baufortschritts folgen.

(sib)